

Welt. Er halte sie für lächerlich. (ZYRB, 18.2.94; LHB und CP, 17.2.94; FCJ, 18.2.94)

Obwohl Taiwan keine diplomatischen Beziehungen zu den südostasiatischen Ländern unterhält, ist das Wirtschaftsverhältnis sehr eng. In den ersten zehn Monaten 1993 betrug das Handelsvolumen Taiwans mit den fünf ASEAN-Staaten und Vietnam 13,5 Mrd.US\$, was 10% des Gesamtvolumens von Taiwans Außenhandel entspricht. (ZYRB, 19.2.94) Taiwanesische Investitionen in diesen Ländern erreichten 1993 eine Höhe von 16,5 Mrd.US\$, davon entfielen 4.502,24 Mio.US\$ auf Thailand (siebtgrößter ausländischer Investor), 5.915,1 Mio.US\$ auf Malaysia (3.), 442,32 Mio.US\$ auf die Philippinen (7.), 4.034,5 Mio.US\$ auf Indonesien (11.), 90,17 Mio.US\$ auf Singapur (13.) und 1.531,04 Mio.US\$ auf Vietnam (1.). (*Taiwan Aktuell*, München, 21.2.1994) In den ersten acht Monaten 1993 sind die vom Wirtschaftsministerium der Taipeier Regierung genehmigten Investitionen Taiwans in Indonesien gegenüber dem Vorjahreszeitraum drastisch um 38% gefallen, in Malaysia um 55% und in Thailand um 47%. (ZYRB, 9.2.94) Hingegen sind taiwanesische Investitionen auf dem chinesischen Festland in den vergangenen Jahren ungewöhnlich in die Höhe geschneit, das kumulative Volumen soll Schätzungen von Experten zufolge schon bei rund 20 Mrd.US\$ liegen. (ZYRB, 9.2.94)

Vor kurzem hat das Taipeier Wirtschaftsministerium eine "Südpolitik" zur Förderung der Investitionen taiwanesischer Unternehmen in Südostasien ausgearbeitet mit dem Ziel, den starken Kapitalabfluß nach dem chinesischen Festland wieder zu bremsen. Da die britische Kolonie Hongkong als wichtigster Dritttort für die "indirekte" Verbindung beider Seiten der Taiwanstraße 1997 an Beijing zurückgegeben wird, will Taiwan Ersatz für den Notfall ausfindig machen. Zur Zeit unterstützt Taiwan die Philippinen beim Ausbau des von den Amerikanern hinterlassenen militärischen Stützpunkts Subic Bay zu einer Industriezone. Außerdem baut die taiwanesische Reederei Evergreen einen Güterhafen auf der 20 km von Singapur entfernten Insel Batam, wo Indonesien ebenfalls einen Industriepark errichtet. In der Be-

gleitung von Präsident Li Denghui auf seiner "Urlaubsreise" befanden sich auch mehrere Großunternehmer Taiwans. -ni-

*(36)

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Burkina Faso

Am 2. Februar hat der Außenminister des westafrikanischen Staates Burkina Faso, Thomas Sanon, mit dem Vizeaußenminister der Tapeier Regierung, Fang Jinyan (Fang Chin-yen), in Taipei ein Kommuniqué über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten unterzeichnet. Burkina Faso (früher: Upper Volta) hatte erstmals 1961 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1973 wurden sie wieder abgebrochen, nachdem der westafrikanische Staat diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte.

Nach der Unterzeichnung des Kommuniqués versicherte Sanon, die neuen Beziehungen nicht wieder zu ändern. "Burkina Faso wird nicht nach der Annahme des Schecks wieder weggehen." Fang sagte, daß Taiwan Burkina Faso Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Industrie und Handel angeboten habe. (ZYRB, 4.2.94; LHB und CP, 3.2.94)

Im Januar d.J. hatte das südafrikanische Königreich Lesotho, wie berichtet (C.a., 1994/1, Ü 37), zum zweiten Mal die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen und zugleich diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen. Nach dem Plus und Minus unterhält Taiwan z.Zt. immer noch diplomatische Beziehungen zu 29 Ländern: acht in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominika, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und einer in Europa (Vatikanstadt). -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Kaum noch eine Chance für sino-britischen Kompromiß über politische Reform in Hongkong

Der Legislativrat (Parlament) von Hongkong hat am 23. Februar nach einer zehnstündigen heftigen Marathondebatte in der Nacht einen ersten Teil der umstrittenen Gesetzesvorlage von Gouverneur Chris Patten über die Wahlreform in der britischen Kronkolonie angenommen. Wie berichtet (C.a., 1993/11, Ü 31 und 1993/12, Ü 36), hatten London und Beijing vom April bis Ende November des Vorjahres 17 Verhandlungsrunden geführt, aber keinen Kompromiß über die letzten Wahlen von Hongkong vor der Rückgabe an China (1997) erzielen können. Es wurde auch kein Termin für neue Verhandlungen vereinbart. Wegen des Zeitdrucks sowie in der Hoffnung, Beijing zu raschen Verhandlungen zu zwingen, begann die Hongkonger Regierung einerseits mit der Novellierung des Wahlgesetzes, andererseits forderte sie Beijing auf, weiter zu verhandeln. Die chinesische Seite warf aber Patten vor, mit seinem Alleingang die sino-britischen Verhandlungen blockiert zu haben. Sie werde ein vom Hongkonger Legislativrat einseitig verabschiedetes Wahlgesetz nicht akzeptieren und die nach einem solchen Gesetz gewählten Parlamentsorgane auf allen drei Ebenen bei der Übernahme von Hongkong auflösen.

Bei dem genannten, vom Legislativrat bereits verabschiedeten Teilwahlgesetz handelt es sich um die folgenden wichtigen Punkte: 1) Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre; 2) Abschaffung der Ernennung eines Teils der Abgeordneten der kommunalen Volksvertretungsorgane; 3) Aufhebung des Verbots für die Hongkonger Vertreter in den chinesischen Parlamentsorganen, gleichzeitig einen Sitz in den Hongkonger Parlamentsorganen einzunehmen; 4) Einführung des einfachen Mehrheitswahlsystems mit einem Sitz für jeden Wahlbezirk.

Beijing hat nach eigener Erklärung in den Verhandlungen das Zugeständnis gemacht, die Herabsetzung des Wahlalters zu akzeptieren. Es sei auch nicht dagegen, daß die britische Kolonialregierung die Ernennung eines Teils der Abgeordneten bei der Zusammensetzung der kommunalen Volksvertretungsorgane 1994 abschaffe. Allerdings sei es erforderlich, nach der Übernahme Hongkongs 1997 wieder einige Abgeordnete zu ernennen, um damit Fachleute für die parlamentarischen Arbeiten anzuwerben. Man sei auch damit einverstanden, daß bei Kommunalwahlen nur ein Abgeordneter in jedem Wahlbezirk gewählt werde. Da die britische Seite jedoch darauf beharre, dieses Wahlmodell auch für die Legislativwahl 1995 zur Diskussion zu stellen, so heißt es, seien die Verhandlungen gescheitert.

Im Legislativrat versuchten die Pro-Beijing-Abgeordneten, den Gesetzentwurf Pattens abzuändern oder die Verabschiedung der Bestimmungen aufzuschieben. Bei der Abstimmung unterstützten schließlich 48 Abgeordnete Patten, nur fünf waren gegen seinen Plan und zwei enthielten sich der Stimme. Gleich nach diesem Sieg brachte Patten am 25. Februar den zweiten und weit umstritteneren Teil seiner Vorlage des neuen Wahlgesetzes in den Legislativrat ein. Hierbei handelt es sich um die Zusammensetzung eines Wahlkomitees, das an Stelle des Gouverneurs zehn der insgesamt 60 Mitglieder des Legislativrats bestimmen soll, und um die Ausweitung des Wahlrechts zu den 30 Vertretern von wirtschaftlich-sozialen Funktionskörperschaften (functional constituencies) im Legislativrat. Diese waren von der chinesischen Seite als Umweg zur Erweiterung der direkten Wahlen zum Legislativrat angegriffen worden. Auch in Hongkong sind sie umstritten. Es gilt als fraglich, ob sie im Legislativrat ebenfalls eine Mehrheit finden werden. Nach Pattens Wunsch soll das Gesetzespaket bis Juli d.J. im Legislativrat behandelt werden, damit genügend Zeit für die Vorbereitung der kommunalen Wahlen in diesem Jahr und der Legislativwahl im nächsten Jahr bleibt. (*Hamburger Abendblatt*, 23.2.94; *IHI* und *FT*, 24.2.94; *DGB*, 25.2.94; *NZZ*, 26.2.94)

Wie nicht anders zu erwarten, dauerte es nach der Verabschiedung des ersten Teils der Wahlreform nur einige Stun-

den, bis ein Sprecher des Büros für Hongkong und Macau, das unmittelbar dem chinesischen Staatsrat (Regierung) untersteht, am 24. Februar den Beschluß des Hongkonger Legislativrats scharf verurteilte. Er sagte, der britischen Seite käme die alleinige Schuld schon für das Scheitern der früheren Verhandlungen zu, mit der Verabschiedung der Teilwahlreform und den Debatten über den Restteil des Gesetzes im Legislativrat habe sie die Tür zur Wiederaufnahme der sino-britischen Verhandlungen endgültig zugeschlagen. Empört war die chinesische Regierung auch darüber, daß die britische Seite außerdem die Protokolle der gescheiterten Geheimverhandlungen am 24. Februar einseitig veröffentlicht hatte. In einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums bekräftigte Beijing erneut, daß alle Parlamentsorgane der britischen Kolonie nach der Wende am 1. Juli 1997 aufgelöst werden würden, auch wenn die regelmäßige Legislaturperiode nicht beendet sei. (*DGB*, 26.2. und 2.3.94) Die Würde nicht nur für die britischen Kolonialisten, sondern auch für die Hongkonger Wähler eine Ohrfeige sein. Die Hongkonger Börse, die eigentlich an die langwierigen sino-britischen Auseinandersetzungen gewöhnt ist, reagierte auf die erneute Zuspitzung des politischen Streits mit Kursstürzen des Hang-Seng-Index am 24. und 25. Februar um jeweils über 3%. (*IHT*, 26./27.2.94) - ni -

*(38)

Einwohnerzahl Hongkongs über 6 Millionen

Nach offiziellen Statistiken der Regierung hat die Zahl der Einwohner Hongkongs inzwischen bereits die 6-Mio.-Grenze überschritten. Ende 1993 betrug sie schätzungsweise 6.019.900, 2% oder 118.000 mehr als vor einem Jahr. Im letzten Jahr sind 71.600 Babys geboren worden und 30.300 Personen gestorben. Damit gab es einen Geburtenüberschuß von 41.300, was 35% des Einwohnerwachstums entsprach. Außerdem sind mit 76.500 mehr Personen ein- als ausgewandert. (*DGB*, 23.2.94)

Die Lebenserwartung der Hongkonger ist zwischen 1971 und 1992 bei Männern von 68 auf 75 Jahre und bei Frauen von 75 auf 80,5 Jahre gestiegen. Dies ist einer Ermittlung der Regierung zufolge hauptsächlich auf die

Verbesserung der Lebensqualität und auf das zunehmende Gesundheits- und Umweltbewußtsein der Einwohner zurückzuführen. (*XNA*, 4.2.94) -ni-